

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich hier 1.20 M., mit Zustellung 1.30 M., im Verlagsort und 10 km. Umkreis 1.25 M., im übrigen Württemberg 1.35 M. Monatsabonnements nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Verantwortlicher Hr. 29.

Verantwortlicher Hr. 29.

Verlags-Verlag J. d. Spalt. Seite aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei 1mal. Einrückung 10 g. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt. Mit dem Wandaufhänger und Schm. Bandwirt.

Amtliches.

An die Ortspolizeibehörden.

Unter Bezugnahme auf den oberamtl. Erlaß v. 5. ds. MtS. (Beschl. Nr. 31) betr. Betriebe, in denen Materialarbeiten ausgeführt werden, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die erforderlichen Formulare für die Ortspolizeibehörden und für die Arbeitgeber bei W. Kohlhammer in Stuttgart erhältlich sind.

Nagold, 10. Februar 1906.

R. Oberamt.
Kutmann Bohlenberger.

Die Marokko-Konferenz.

Algier, 9. Februar. Die Sitzung unter den Konferenzmitgliedern war bis in die letzten Tage nicht ohne Zwischenfälle für einen günstigen Ausgang der Beratungen. Man glaubt, daß in den wichtigsten Fragen ein Einverständnis im Sinne ihrer internationalen Regelung von keiner Seite durch glatte Ausprüche durchgesetzt werden dürfte. Zu dem Verlangen auf Überwindung von Sonderabsichten trägt auch die von Bonfisan im St. c. e. verfolgte Anschauung bei, wonach Frankreichs Spezialinteresse durch die unbedingte Sicherung einer algierischen Grenzregelung befriedigt und die Erhebung starker französischer Sonderforderungen im westlichen Marokko nicht angemessen sei. Es scheint jedoch, daß gerade die hier viel besprochenen Artikel Bonfisans für die meisten Vertreter Frankreichs zunächst Anlass bieten, ihre Taktik zu verändern. Während nämlich, einem Wunsch der französischen Delegierten entsprechend, vor der Entscheidung der Politische eine Verständigung über die neu zu errichtende marokkanische Staatsbahn gesucht wurde und in dieser Absicht Fragen bereits erledigt waren, erhob die französische Vertretung nunmehr unerwartet das Verlangen, vor allem die Polizeifrage zu regeln. Die nächste Folge war die Unterbrechung der schon glänzend laufenden Erörterungen in der Konferenz. Die vertrauliche Fällung in der Polizeifrage wird alsbald zur Herausarbeitung des Gegenstandes, daß Deutschland an einer internationalen Regelung festhält, Frankreich aber auch ohnehalb der algierischen Grenzgebiete eine Einrichtung wünscht, die ihm ein absolutes Übergewicht für die Ausübung von Polizeibefugnissen in ganz Marokko, auch in dem Falle sichern würde, d. h. d. um den Ansehen eines föderalen Protokolls zu vermeiden, in einigen Bezirken die Wahrnehmung ähnlicher Befugnisse durch Spanien dulden wollte. Nach der bisherigen Haltung der deutschen Delegierten ist anzunehmen, daß sie keinem Vorschlag zustimmen werden, der die Tare zur Ausführung der gesamten Küste Marokkos öffnen und damit die Absicht auf eine Einverleibung Marokkos in Frankreich-Afrika legalisieren würde, die zu der Einberufung der Konferenz Anlaß gegeben hätte.

Algier, 10. Febr. In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde das von der Kommission fertigestellte, aus 20 Artikeln bestehende Zollprojekt beraten und die Antwort des Sultans auf die Beschlüsse in der Waffeneinstellung verlesen, ohne daß es zu einer Beschlußfassung kam. Die Menge der behandelten Einzelheiten machte eine eingehende Untersuchung für die marokkanischen Vertreter notwendig; aus diesem Grund konnten die Arbeiten nicht weiter gefördert werden.

Algier, 10. Febr. Ueber die heute vormittag stattgehabte Konferenzsitzung, welche zwei Stunden dauerte, wurde ein amtlicher Bericht ausgegeben. Die marokkanischen Delegierten erklärten demnach, daß sie das bereits von den anderen Delegierten einstimmig angenommene Prinzip der Vergütung der öffentlichen Arbeiten auf dem Submissionswege ohne Unterschied der Nationalität ebenfalls annehmen; ferner ebenso das Verbot des Opium- und Haschischmonopols und das des Tabakmonopols, im Falle, daß dieses zur Einführung gelangen sollte. Die Konferenz hielt dann eine Kommissionsitzung ab und nahm in dieser die Fällung eines Borentwurfs betr. die Errichtung einer Spezialkasse vor, an welche die Einnahmen aus den Zehntzinsen zu den gegenwärtig bestehenden Einnahmen fallen sollen. Die Konferenz, die sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß die Kapitalien dieser Kasse an die Staatsbank abgeführt werden dürfen, deren Errichtung in dem Konferenzprogramm vorgesehen ist. Die Konferenz erörterte sodann den Borentwurf einer Regelung der Zollhebung. Die einzelnen Artikel dieses Entwurfs haben Anlaß gegeben zu einem Meinungsaustrausch, welcher dem Redaktionsausschuß zur Grundlage für die Ausarbeitung der Vorlage dienen soll, die dann der Konferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Die Vorlage sieht

praktische Maßnahmen fest, die dazu dienen sollen, die regelmäßige Abfertigung der fremden Handelswaren und ferner die bei der Hinterlegung derselben an den Zollverleghen erforderliche Garantie zu sichern. Weiter sieht der Entwurf eine einheitliche Regelung der Strafen für Schmuggler vor, deren Verhängung der Konsulargerichtsbarkeit vorbehalten werden soll. Zur Prüfung der Einzelheiten dieser verschiedenen Fragen vertagte sich sodann die Konferenz auf Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Politische Uebersicht.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung wurden bei Beratung des Etats des Hofbrauhauses von allen Seiten des Hauses heftige Angriffe auf den Finanzminister von Pfaff wegen der Prozesse gegen den Hofbrauhäuspächter gerichtet. Alle Parteien traten energisch für die Rücknahme ein, denen letzter Lohn gewährt werden solle. Der Finanzminister erklärte, einen kleinen Monatslohn gewähren zu wollen, und kündigte auf eine Anfrage, betreff. schlechtes Einkommen, unter lebhaftem Beifall an, daß demnach im Hofbrauhaus größere Kräfte zur Einführung gelangen sollen.

Vom preussischen Landwirtschaftsministerium sind den Regierungsräten Erläuterungen über den Entwurf des Gesetzes über die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen und die Handhabung der Vorschriften in den Zusammenstellungen über die Ergebnisse der Schulaufsicht u. dgl. beschau zu beichten.

Der ungarische Ministerpräsident Baron Fejervary erklärte, der wahre Grund der Reise sei das Verlangen der Koalition, die gesetzlichen Hoheitsrechte des Königs bezüglich der Führung und Organisation der Armee zu beschränken und vom Königen wechselnde Majoritäten abhängig zu machen. Das Recht des Parlaments beschränke sich u. dgl. auf Bewilligung oder Ablehnung von Krediten für die Armee und die Marine. „Die Koalition hat Absicht auf Herrscherrechte“, sagte Baron Fejervary, „auch der Präsident einer Republik würde sich eine solche Einschränkung seiner verfassungsmäßigen Rechte nicht gefallen lassen.“

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad hat der serbischen Regierung eine Note überreicht, in der gegen die von der serbischen Regierung ergriffenen Repressalien bezüglich der Einfuhr österreichisch-ungarischer Probenzinsen protestiert und deren sofortige Einstellung verlangt wird.

Der französische Ministerrat beschloß die strafrechtliche Verfolgung mehrerer Städte, die teils offen, teils heimlich die Kundgebungen in den Kirchen organisiert haben. Rühmlich werden die Staatsbeamten, die das Verbot annehmen, überall von einer bewaffneten Macht begleitet sein. Besondere Vorkehrungen legt man bezüglich der Bretagne, wo die Bevölkerung fanatisiert ist. Die Befehle der dortigen Departements sind deshalb nach Paris berufen worden, um besondere Instruktionen zu erhalten.

Die fremdenfeindliche Bewegung in China macht Fortschritt. Dem Staatselement in Washington gehen fortgesetzt Nachrichten von den amerikanischen Vertretern in China zu, wonach die feindselige Stimmung gegen Amerikaner und amerikanische Waren rasch an sich greift. Es seien aber auch Nachrichten vorhanden, daß alle Anhänger in China, möglicherweise mit Ausnahme der Japover, binnen kurzem ebenso betroffen würden, wie die Amerikaner.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Sozialpolitik.

Berlin, 9. Febr. Der Reichstag nahm heute die Novellen zu dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und über die Bestimmung des Gerichtsstands von Militärpersonen debattierend in zweiter Lesung an.

In der vorgelagerten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern forderte Giesberts (Zp.) eine Reform des Versicherungswesens und die Errichtung eines Sozialversicherungsorgans. Warum sollte die Gesetzgebung zurückbleiben vor der Forderung eines zehnjährigen Arbeitstags und einer Minimallohnregelung? Giesberts dringend sei eine Regelung des Helmschutzes. Wenn eine rechtsgesetzliche Regelung des Bergweins möglich wäre, würde das Zentrum nicht widersprechen. Vorher wahren sich gewisse Herren immer noch, das Koalitionsrecht der Arbeiter auszuüben. Auch die christlichen Gewerkschaften seien

einigen industriellen „Herrnmenschen“ ungenügend. Redner polemisiert dann gegen den Abg. Hue, der Giesberts fortwährend unterbricht. Als dieser ihm einzeln antworten will, schlägt Präsident Graf Ballestrem den beiden Abgeordneten vor, sich nach der Sitzung darüber zu unterhalten. (Große Heiterkeit.)

Prinz Schönaich-Carolath (natl.) betont gegenüber Hue, daß in Schlesia durchaus für die Arbeiter gesorgt sei. Dringend notwendig sei die Bekämpfung des Automobilmwesens durch rechtsgesetzliche Bestimmungen. Die Wege auf dem Lande würden in ganz unverantwortlicher Weise ungsicher gemacht. Die Zeitungsmeldungen von unglücklicher Kohlen der Automobilisten mehren sich erschreckend. Der Automobilindustrie sei ein glückliches Gedeihen zu wünschen, andererseits sei ein härteres Vorgehen gegen die Automobilindustrie zu verlangen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auch ich bedauere, daß die Sicherheit, namentlich Berlins, wesentlich abgenommen hat; die Automobilfahrer sind bei uns rücksichtsloser geworden als in anderen Großstädten. Angebracht wäre vielleicht die Anbringung von Uhren zur Kontrolle der Geschwindigkeit. Der Fahrer verliert sehr leicht die Beurteilung der Schnelligkeit. Die Straßen werden für alle Steuerzahler gebaut und nicht für einige wenige Leute, die ihre Zeit zu hoch einschätzen können. (Heiterkeit.) In den nächsten 14 Tagen wird sich der Bundesrat mit dem Gesetz von Polizeiverordnungen beschäftigen; ferner wird eine Statistik über den Automobilverkehr angefertigt werden. Die Ausdehnung der Haftung auf die Automobilfahrer ist beabsichtigt. Der Entwurf liegt gegenwärtig beim Bundesrat. Von der Bildung einer Zwangsgenossenschaft ist abgesehen worden. Die Automobilindustrie hat eine außerordentlich große Bedeutung. Man muß an die Regelung des Automobilverkehrs mit Ruhe und Sachlichkeit herantreten. Was das internationale Abkommen über den Vogelzug betrifft, so ist die Regelung dieser Materie noch in dieser Session wahrscheinlich. (Beifall.)

Kogala v. Biederstein (Cons.) tritt den Ausführungen Giesberts über die Verhältnisse der österreichischen ländlichen Bezirke entgegen.

Koeren (Zp.) fragt, wie es mit der vom Hause angenommenen Resolution, betreffend die gesetzliche Regelung des Ausverkaufswesens, sieht, und verlangt Einführung der Sonntagsruhe im Schiffsahrtswesen.

Frähdorf (Soz.) bringt Beschwerden im Kranken- und Unfallversicherungswesen vor.

Hopl zu Hirschheim (natl.) bedauert, daß Graf Posadowsky den Aufschwung der deutschen Industrie nur dem vorzüglichen Arbeiterpersonal und nicht auch dem Generalstab im industriellen Wettbewerb, den Technikern, zugeschrieben hat. Die Sozialdemokratie werde sich nie zu einer wirklichen Arbeiterpartei entwickeln. Der Redner beantwortet die Regelung des Heimarbeitswesens, die Schaffung von Arbeitskammern für Heimarbeiter und härtere Heranziehung der Frauen zur Fabrik- und Gewerbeinspektion, ferner gesetzliche Festlegung eines 10stündigen Arbeitstages für Frauen und Regelung des Ausverkaufswesens.

v. Döbering (Cons.) kritisiert einige Bemerkungen Posadowskys, der eine übermenschliche Arbeitskraft entfalte, aber sich nicht genügend mit den Verhältnissen des praktischen Lebens besaße. Sein Wunsch nach Gesamtarbeiterverbänden würde auf dem Lande zu den größten Unzulänglichkeiten führen. Seine Kennerung über mangelnden Opfermut, steigere den Götzenwahn der Sozialdemokratie, die am roten Sonntag nur nicht den Mut gehabt habe, sich an die Bajonette zu legen. (Beifall rechts und links; großer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ausführungen des Redners über die Bildung von Gesamtarbeiterverbänden waren unangebracht, sollte eine derartige Ergänzung der bestehenden Gesetze nötig werden, so könnte dies nur auf dem Weg der Landesgesetzgebung geschehen. Wenn der Redner mein Vorgehen auf sozialem Gebiete kritisiert, so erkläre ich, daß ich mit dem Reichskanzler vollkommen einig darin bin und auch aus konservativen Kreisen lebhaftes Zustimmung zu meiner unüben Arbeit erhalten habe. Solche Reden, wie sie Herr v. Döbering eben hier gehalten hat, kann ein freier Abgeordneter wohl halten, aber nicht ein Staatssekretär des Innern, der für seine Politik verantwortlich ist.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen vertagt sich das Haus um 6 1/2 Uhr auf morgen nachmittag 1 Uhr.

Russia-Interpellation.

Berlin, 10. Febr. In Reichstag erklärte heute zu der (zweiten) sozialdemokratischen Interpellation, betreffend den Brand auf der Kohlenzeche Borussia, Graf Po-



adownsky, der Reichskanzler lehne die Verantwortung ab, weil die bisherigen Untersuchungen nicht den geringsten Anhalt dafür geliefert haben, daß irgend eine Verletzung irgendwelcher reichsgesetzlicher Vorschriften den Anlaß zu dem dauerlichen Unglücksfall gegeben habe. Ein Antrag Singer auf Besprechung der Interpellation wird von dem 55 anwesenden Sozialdemokraten, einigen Zentrumsmitgliedern und den Freikämmlern unterstützt; die Besprechung findet also statt. (Staatssekretär Graf Posadowsky verläßt den Saal.)

Bömelburg (Soz.) bespricht ausführlich das Brandunglück. Er schreibt die Schuld an dem Unglück der Betriebsleitung des Bergwerks und den Staatsbeamten zu, denen die Revision oblag. Eine Kontrolle müßte auch den Arbeitern gestattet werden. Ein wirklicher Arbeiterkongreß würde von den Arbeitern gerne anerkannt.

Stieberts (Str.) bemerkt, der Umstand, daß die Regierung heute 7 Monate nach dem Unglück, noch nicht über dasselbe informiert sei, lasse daraus schließen, daß etwas faul sei. Erforderlich sei eine Kontrolle seitens der Arbeiter und ein Reichsberggesetz.

Als der Abg. Deumer (natl.) seine Rede beginnt, wird er durch Zurufe des Abg. Hofmann (Soz.) unterbrochen und sagt zu diesem: „Wollte ich in Ihrer Grammatik sprechen, so würde ich sagen: Unterbrechen Sie mich nicht so oft!“

Hofmann entgegnet: „Hätte ich so lange die Schulbank gedrückt wie Sie, dann wäre ich halb so dumm wie Sie!“

Präsident Graf v. Helldorf ruft Hofmann zur Ordnung. Deumer (fortfahrend): Meine Freunde sind der Ansicht, daß eine Sicherung der Grubenbetriebe nicht durch Arbeiterkontrollen, sondern durch technische Vorrichtungen zu erzielen ist. Die Unternehmer oder die „Kohlenproben“, wie Bömelburg sagt, haben ein großes Interesse daran, daß in den Betrieben keine Unglücke vorkommen, die Menschenleben oder riesige Vermögen vernichten. Die Kontrolle könne nur von erfahrener und wissenschaftlich ausgebildeten Beamten ausgeübt werden. Wir haben mehr Regierungsinpektoren als andere Länder, beispielsweise England. Daß ein amtlicher Bericht über das große Unglück, bei dem so viele brave Bergknappen das Leben einbüßten, noch nicht vorliegt, bedauern auch wir sehr.

Benjmann (fr. Sp.): Seine Partei verfolge durch die Unterführung der Interpellation keine agitatorischen Zwecke, sie wolle nur für Gerechtigkeit und Humanität eintreten. Wir bedauern, daß die Verfassung kein Mittel an die Hand gibt, durch das der Reichskanzler gezwungen werden könnte, uns hier Rede und Antwort zu stehen. Die Mißstände auf der Höhe Borussia entstanden dadurch, daß die Rentabilität anstieg und Geldmangel eintrat. Da hätte man lieber die ganze Grube zuwerfen sollen.

Rulerst (Voll): Würden statt Menschen Tiere in den Gruben beschäftigt, die Kosten verursachen, so wären die Mißstände bald beseitigt. Die preussische Regierung schäme sich die Mächtigen, für die Schwachen habe sie nur Kanonen.

Hue (Soz.) polemisiert gegen Deumer. Die eigentlichen Schuldigen an dem Unglück sitzen in den Bankbüros in Berlin, Frankfurt, Essen, Köln; dort werde über das Schicksal Tausender von Arbeitern verhandelt.

Nachdem noch Erzberger dem Bedauern über das Verhalten der Reichsregierung Ausdruck gegeben hatte, wird um 5 1/2 Uhr die Besprechung geschlossen und die Sitzung auf Montag vertagt.

Berlin, 8. Februar. Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte heute weiter über den Etat von Ostafrika. Erdbrunn v. Hohenlohe erklärte, die Aufhebung der Zwangsarbeit solle nicht auf die lange Bank geschoben werden. Sch. Rat Seitz führte aus, die Mittelungen, wonach 5 Firmen heute schon in das Hafenmonopol betreffend den Hafen von Dar-es-Salaam geteilt seien, seien unrichtig. Der Vertrag ist noch nicht abgeschlossen. Die Kolonialverwaltung wird keinen Vertrag abschließen, der nicht die Rechte und die Interessen des Reiches wahrt. Die Kommission billigte im weiteren Verlauf der Sitzung die Mehrforderung von 186 000 M für die Zentralverwaltung; die Kolonialverwaltung erfordert ein Mehr von 273 700 Mark zur Schaffung neuer Bezirksämter. Baasche erklärte, die Zeit sei dazu noch nicht gekommen. Scheinrat Seitz meinte, der bestehende Zustand sei sowohl vom Standpunkt der Zivilverwaltung, als auch hinsichtlich der militärischen Interessen unbillig.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 10. Febr. Abgeordnetenkammer. Eine Interpellation des Zentrums gab gestern der Abgeordnetenkammer Veranlassung zu einer Besprechung des neuen Einkommensteuergesetzes, die sich so umfangreich und eingehend gestaltete, daß sie auch die heutige Sitzung noch ganz ausfüllen wird.

Die zahlreichen Beschwerden, die gestern von verschiedenen Rednern vorgebracht wurden, richteten sich nicht sowohl gegen den Grundgedanken des Gesetzes, als vielmehr gegen die Art der Ausführung desselben und gegen Mißstände, die sich bei der erstmaligen Anwendung des Gesetzes gezeigt haben. Es wurde betont, daß in der Bevölkerung das Gesetz selbst durchweg eine rückhaltlose Anerkennung und eine zustimmende Aufnahme gefunden habe; auch wurde angegeben, daß die staatlichen Steuerbeamten, wie auch die Bezirks- und Ortsteuerkommissionen sich ihrer Aufgabe fast durchweg gewissenhaft geübt haben. Die Beschwerden, die vorgebracht wurden, richteten sich vor allem gegen eine zu weitgehende Schablonisierung in der Steuerveranlagung und -Einschätzung, namentlich bei den landwirtschaftlichen, Klein-

gewerblichen oder gemischten Betrieben, ferner gegen das große Mißtrauen, welches den Fiskalen der Steuerpflichtigen von Seiten der Steuerbehörden angeblich entgegengebracht worden sei, gegen die vielfach ungenügende Belehrung und Auskunftserteilung an die Steuerpflichtigen seitens der Steuerbehördlichen Organe, gegen eine nicht gleichmäßige Behandlung des Abzugs berechtigten Betriebs- und Dienstaufwandes, sowie gegen andere Unzutrefflichkeiten von geringerer Bedeutung.

Den Regierungsoberleitern gelang es, die vorgebrachten Klagen entweder als unbegründet zu bezeichnen oder darzulegen, daß die da und dort bestehende Unzufriedenheit entweder auf eine mangelhafte Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen oder aber darauf zurückzuführen sei, daß viele Steuerpflichtige durch die Reform eben härter belastet werden, als dies seither der Fall war. Der Finanzminister Dr. v. Jeyer, der in längeren Ausführungen auf die Interpellation zunächst antwortete, konnte hervorheben, daß die finanziellen Wirkungen des Einkommensteuergesetzes die gehegten Erwartungen bei weitem übertroffen haben, da der Bruttoertrag der Steuer über den im Etat vorgesehenen Anschlag um 1 1/2 Mill. Mark hinausgehe; die Zahl der bis jetzt beim Steuerkollegium und beim Finanzministerium eingelaufenen Beschwerden sei verhältnismäßig gering und betrage kaum 3 vom Tausend, während bei der feinerzeitigen Durchführung des Einkommensteuergesetzes in Sachsen 20 und in Preußen sogar 126 Beschwerden auf Tausend Einkommensteuerpflichtige gekommen seien. Die staatlichen Steuerbeamten, aber auch die Bezirks- und Ortsteuerkommissionen, sowie die Gemeindebehörden haben sich den aus der Steuerreform ihnen erwachsenen großen und schweren Aufgaben durchaus gewachsen erwiesen.

Der Präsident des Steuerkollegiums, v. Zeller, und Ministerialrat Viktorius, welcher letzterer an dem Zustandekommen der Steuerreform seinerzeit einen hervorragenden Anteil hatte, und auch, wie seine geistigen Darlegungen wieder zeigten, die in steuerrechtlicher und legislativer Hinsicht ziemlich schwierige und verwickelte Materie von Grund aus beherrschte, gingen auf die vorgebrachten Klagen im einzelnen ein. Ministerialrat Viktorius nahm hierbei auch Veranlassung, daß vor einiger Zeit durch die Presse gegangen und gestern auch von dem Abg. Bogi erwähnte Gerücht, daß die Einkommensteuer in Stuttgart um 1 1/2 Mill. Mark hinter dem geschätzten Erträgnis zurückbleibe, und daß dieser Rückfall gewissermaßen vom Land gedeckt werden müsse, als vollständig unzutreffend zu bezeichnen. Wahr an diesem Gerücht sei nur so viel, daß das Einkommensteuererträgnis in Stuttgart hinter der Schätzung der Stadtverwaltung, die übrigens auf einer ganz anderen Grundlage beruhe, als die von den badiischen und hessischen Erträgnissen aufgebauten Schätzungen der Staatsfinanzverwaltung, etwas zurückgeblieben sei. Tatsächlich mache aber das Einkommensteuererträgnis in Stuttgart 32% des Einkommensteuerertrages im ganzen Land aus, während nach dem alten Gesetz Stuttgart nur etwa 27% der Gesamtsteuer aufzubringen hatte; dieser Anteil Stuttgarts falle umso mehr ins Gewicht, als die Einwohnerzahl von Stuttgart sogar nach der neuesten Volkszählung nur etwa 10,7 Proz. der Gesamtbevölkerung des Landes ausmache. Ein gleichfalls vom Abg. Bogi verzeichnetes Gerücht, daß die Staatsfinanzverwaltung die Bezirkssteuerbehörden zu einer Zeit, da die Reueinschätzungen bereits im Gange waren, durch einen besonderen Erlaß angewiesen haben soll, bei den Schätzungen nur möglichst kräftig zuzugreifen, konnte Ministerialrat Viktorius als rein aus der Luft gegriffen bezeichnen.

Da nach einer vierstündigen Dauer der Debatte noch 10 weitere Redner zum Wort gemeldet waren, so wird auch die heutige Sitzung noch ganz mit der Besprechung der Interpellation ausgefüllt sein.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Magd., 12. Februar.

Den Freunden der edlen Musik wurde in dem gestrigen **Seminarvortrag** wiederum ein hoher Genuß geboten. Der erste Teil des Programms enthielt Nummern für Streichquartett und Orgel, ein Klavierkonzert für 2 Klaviere von Mozart, ein Orgelpräludium und 2 Männerchöre. Die mit Sorgfalt eingeübten und mit Präzision vorgetragenen Stücke verdienen alle Anerkennung, geradezu ergreifend wirkte der Männerchor „Die zwei Särge“, zu welchem der Regt. in dankenswerter Weise dem Programm beigegeben war. Der zweite Teil des Programms brachte das Melodrama „Kolumbus“ von J. Bräuer zur Aufführung. In diesem Tonwerk ist die Ausfahrt des Kolumbus, die Meeresskille, die Empörung der Matrosen, die sich geltend machen, die Hoffnung des Kolumbus und die Erfüllung seiner Wünsche geschildert. Die Musik schließt sich entweder an die Deklamation an oder geht neben derselben her. Die Komposition stellt an die Hörer, insbesondere auch an den gemischten Chor, keine geringen Anforderungen, hinterläßt aber auch einen unverwundbaren Eindruck, namentlich der Schlusssätze: „Land, Land, Land! O lebe Kolumbus der edle Held.“ Es sei hiemit allen Mitwirkenden, vornehmlich aber dem Dirigenten, Herrn Oberlehrer Schäffer warmer Dank gesagt. Möge der gestrige Erfolg zu weiterem freudigen Streben ermuntern!

* Vom Tage. Reichlicher Schneefall brachte am gestrigen Sonntag eine prächtige Schlittenbahn. Die Temperatur war dabei mäßig frisch, so daß sich die Straßen schon vormittags mit kleinen und großen Schlitten belebten. Viele kamen und gingen um den Sonntag in angenehmer oder nützlicher Weise in der Stadt oder auf dem Lande zu verbringen. Heute schneit es leicht weiter, während der Boden eine den Fußgängern gefährliche Glätte angenommen hat.

r. Mittenfels, 11. Febr. Der 42jährige verheiratete Bierbrauer- und Gasthausbesitzer Joh. Georg Rauschenberger zum deutschen Kaiser beteiligte sich am Donnerstag an der Hochzeitsfeier seines Stiefbruders in Hattenbach. Vor der Heimfahrt Abends fühlte sich derselbe unwohl und blieb bei seiner verheirateten Schwester in Hattenbach. Sein Zustand verschlimmerte sich zusehends und am Freitag abend trat infolge Herzlähmung der Tod ein.

r. Calw, 9. Febr. Die kath. Schulfrage ist durch einen Beschluß der bürgerlichen Kollegien nach langen Verhandlungen erledigt worden. Die Stadt wird nun die freiwillige kath. Volksschule am 1. April d. J. übernehmen. Damit ist eine unerquickliche Angelegenheit beseitigt. An der Volksschule wird eine neue ständige Stelle geschaffen, und diese Stelle stellt sich als freiwillige Leistung der Gemeinde dar, um einer hier 30 Jahre angestellten Lehrerin die Wohlthat einer ständigen Stelle zukommen zu lassen. Damit wird eine Neuorganisation des Arbeitsunterrichts eingeführt werden. Mit dem nächsten Schuljahr wird für den Arbeitsunterricht eine Lehrerin im Hauptamt angestellt werden für Volks- und Mittelschule. Dem unabhängigen Lehrer an der Volksschule wurde eine persönl. Zulage von 100 M bewilligt.

Stuttgart, 7. Febr. Von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände des Stuttgarter Bahnhofes legten die Aussagen zweier Sachverständigen Zeugnis ab, die in einem Prozeß wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen einen hies. Bahnhofsaufseher vernommen wurden. Der eine, Vorstand der hiesigen Betriebsinspektion, Finanzrat Nische, erklärte, der Bahnhof sei außerordentlich überlastet. Die Vorschriften des § 12 der Fabrikordnung, die der Angeklagte verletzt haben sollte, könnten überhaupt nicht eingehalten werden, wenn der Bahnhofsaufseher mit seinem Dienst fertig werden müsse. Der zweite Sachverständige, Betriebsinspektor Eisenbach, erklärte die Gleisverhältnisse des hies. Bahnhofes für völlig ungenügend. Die Bahnhofsanlagen seien für den Personen- und Güterverkehr gänzlich unzulänglich. Es sei bei diesen Zuständen die Gefahr der schwersten Betriebsunfälle vorhanden. Daß sie seither vermieden worden sei, sei nur der Aufmerksamkeit des Personals zu verdanken. Der Angeklagte wurde nach diesem Gutachten freigesprochen. Denjenigen aber, die, besonders in ländlichen Bezirken, den Umbau des Stuttgarter Bahnhofes als eine unproduktive Leistung der Stadt Stuttgart zugute kommende Ausgabe darstellten, sollten diese Aussagen der beiden Sachverständigen doch zu denken geben.

r. Stuttgart, 9. Febr. Im Bundesgewerbenemium wurde ein besonderer Saal mit elektrischer Kraft und einer Transmissionsanordnung, um gewerblich und technisch wichtige Neuerungen im praktischen Betrieb vorzuführen. Das Bundesgewerbenemium wurde seit Eröffnung (6. Juni 1896) bis 31. Dez. 1906 von 1 076 821 Personen besucht.

r. Asperg, 7. Februar. Der geisteskrante vormalige Strafgefangene Kuntel, Schaffer von Rastatt, Mergentheim, der im September v. J. aus dem Bezirkskrankenhaus in Ludwigsburg entwichen ist, ist lt. Ludwigsbg. Btg. in Augsburg aufgegriffen worden. Auf dem Transport hierher entsprang jedoch Kuntel auf dem Bahnhof in Blöchingen kurz vor Abgang des Zugs. Er konnte bis jetzt noch nicht beigebracht werden, trotzdem er sofort von seinem Begleiter und einem Landjäger verfolgt wurde. — Gestern vormittag brach in der Irrenabteilung der Strafanstalt Hohenasperg Feuer aus, welches aber ohne weitere Alarmierung von den Anstaltsbeamten wieder gelöscht werden konnte. Immerhin ist ein Gebäudeschaden entstanden.

r. Ulm, 10. Febr. Das Bezirksgericht für Handel und Gewerbe in Neu-Ulm, das zum 1. Vorsitzenden wieder Kommerzienrat Pöhl, Wieland wählte, hält die Projekte der Ortler- und einer Engadin-Orientbahn für aussichtslos und entschloß sich zur Unterstützung einer zweiten Verbindungsbahn von Bayern nach Innsbruck, etwa durch Verlängerung der Bahn Kempton—Bronnen. Der Geschäftsbericht vom Jahre 1906 konstatiert einen regen Geschäftsgang, aber in allen Branchen ein teils mäßiges, teils starkes Anziehen der Rohstoffpreise, dem die Erhöhung der Verkaufspreise nicht zu folgen vermochte. Am stärksten haben die Rohstoffpreise in der Baumwoll- und Metallindustrie zugenommen.

r. Ulm, 10. Febr. Gestern wurde in Neu-Ulm der Kanonier Koch von der 1. Kompanie des 1. bap. Fusart. Regt. beerdigt, der an Guldstarre verstorben ist. Ein weiterer Krankheitsfall an Guldstarre ist in der Garnison Neu-Ulm nicht zu verzeichnen.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Febr. Der Bundesrat hat, dem Vorschlag zufolge, in seiner letzten Sitzung dem Beschluß des Reichstags zugestimmt, durch den eine Milderung der zivilrechtlichen Haftung für Tier Schäden bekräftigt wurde, so daß also die Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfs wohl noch in diesen Tagen zu erwarten ist.

Berlin, 10. Febr. Eine Besetzung der Anstaltsvollkammer wird vom Zentrum in der Reichstagskommission beantragt.

Berlin, 7. Febr. Die statistische Korrespondenz meldet: Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dez. 1906 beträgt die Bevölkerung Preußens 37 273 762 gegen 34 472 509 Einwohner am 1. Dez. 1900. Die Zunahme beträgt 8,13 %; im Durchschnitt jährlich 1,57 %.

Karlruhe, 9. Februar. Die Denkschrift über die Reform der deutschen Personalverhältnisse, die dem in vierzehn Tagen zusammenzutretenden Eisenbahnrat zur Beratung vorgelegt wird, ist fertiggestellt und heute verteilt



Bilanz

der Dampf-Molkerei Sulz O.A. Nagold
pro 31. Dezember 1905.

Aktiva	M.	Passiva	M.
Kassendebet am 31. Dez.	3794.80	Geschäftsguthaben der Mitglieder	444.—
Wert der Immobilien	11877.06	Reservefonds	2848.90
Wert der Gerätschaften und Maschinen	2793.60	Gewinn-Reserve	21837.62
Wert des Mobiliars	780.—	Gewinn heuer	111.94
Darlehen	5500.—		
Wert der Verbrauchsgegenstände	497.—		
	25242.46		25242.46

Zu dem Gewinn mit 111.94 s kommt die Rückzahlung heuer mit 10405.08 s der Gesamt-Gewinn pro 1905 10517.02 s.
Mitgliederzahl am 31. Dezbr. 222.
Neu eingetretten 3 Mitgl., ausgestreuten durch Tod 5 Mitgl.
S. S.:
Der Vorsitzende des Vorstands: **Wöhrer.**
Der Rechner: **Fengler.**

Most. **Most.**

Von letzter Tage eingetroffenem Waggon
Rosinen
offerieren in nur neuer frischer Ware
schöne schwarze per Str. à Mt. 14 1/2
sehr schöne gelbe " " " " 16 1/2
" " " " " " 17.
Gottlieb Schwarz,
Christian Schwarz.

Soeben erschienen — Lieferung 1 — Preis 50 Pfg.

Jubiläumsausgabe
1880—1905

Andrees Allgemeiner Handatlas
in 139 Haupt- und 161 Nebenkarten
nach vollständigem alphabetischen Namensverzeichnis.
Fünfte, völlig neu bearbeitete und vermehrte Auflage
herausgegeben von
R. SCOBEL
Verlag von Dehagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig

Andrees Handatlas
erscheint fünfundzwanzig Jahre nach der ersten Veröffentlichung, heute in fünfter, völlig neu bearbeiteter Auflagenausgabe.

Andrees Handatlas
ist in diesem Vierteljahrhundert stets an der Spitze aller Konkurrenz-Unternehmungen geblieben.

Andrees Handatlas
ist der weitverbreitetste und beliebteste, weil vollständigste, praktischste, übersichtlichste, preiswerteste aller Atlanten.

Andrees Handatlas
erscheint sieben in 36 wöchentlichen Lieferungen zu nur 50 Pf., um allen Kreisen die Anschaffung zu ermöglichen.
Die erste Lieferung
wird von nachstehender Buchhandlung bereitwillig zur Ansicht vorgelegt.

G. W. Zaiser'schen
Buchhandlung.

Spöhrer's
Töchterhandelschule mit Pensionat
TUTTlingen
Eltern wollen ausführliche Prospekte gratis und franco verlangen von Direktor Spöhrer.

K. Amtsgericht Nagold.
Im
Genossenschaftsregister
ist heute bei dem Darlehens-Kassenverein Walddorf, G. S. m. u. D. eingetragen worden:
An Stelle des aus dem Vorstand ausscheidenden Mitglieds Josef Protter ist **Johann Geyer Dürer**, Gemeinderat, zum Mitglied des Vorstands neu gewählt worden.
Den 10. Januar 1906.
Amtsrichter **Schmid.**

Zwiebackmehl
beste Kindernahrung
empfiehlt
Nagold. **Heb. Gauss.**

Die Gewinnliste
der Steinbacher Kirchenbau-Lotterie kann eingesehen werden
G. W. Zaiser.

Nagold.
Billigen, garantiert reinen
Branntwein
empfiehlt
Wilh. Garr, Küferei,
Bismarckweindreherei u. Weinhandlg.
Ein gebrauchter

Schweinefleisch
wird zu kaufen gesucht v. D.
Ein in Küche und Haushaltung erfahrener
Mädchen

gesucht bis Ausgang März oder 1. April.
Frau Emma Häußler,
Buchhandlung, Calw.

Effingen.
Eine mit dem 2. Kalb 86 Wochen trüchtige gute
Zugkuh
verkauft am Dienstag den 13. Februar nachmittags 1 Uhr
Christoph Bentler,
Waldschlag.

Wittlingen.
Unterzeichnete setzt einen starken noch gut erhaltenen
Fuhrschlitten
dem Verkauf an.
Kathr. Deuble,
Kronenm. Witwe.

15-18 Pfund frische Gänse- sowie Entenfedern
hat zu verkaufen.
Wer? sagt die Expedition.

Geld-Darlehen für Personen jed. Standes auf V.S.-Basis.
Schuldschein, Wechsel, Bürgschaft
Kreditlinien zu 4, 5 u. 6 % auch in kl. Raten rückzahlbar. **Hermann Gobotta, Laurahütte.** — Rückporto.

Nagold, den 10. Februar 1906.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während des Krankseins und bei dem Hinscheiden unseres lieben, unergötlichen Vaters, Schwieger- und Großvaters
Gottfried Dollmer
sowie für die zahlreiche Beichenbegleitung von hier und auswärts, besonders seitens des Militär- und Veteranenvereins, des Dienstmädchenvereins und der auswärtigen Vereine, für den erhabenen Gesang des Sängerkranzes, die warmen Nachrufe und die schönen Blumenbeiden sagen den innigsten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen.

Haiterbach.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so raschen Hinscheiden unseres l. Vaters und Vaters
Gottlob Killinger, Bauer,
sowie für die zahlreiche Beichenbegleitung von hier und auswärts, namentlich auch seitens der Kreigervereine sagen den innigsten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen.

Letzte Ulmer Münster-Lotterie

6884 Geldgewinne mit 180 000 Mark.
Hauptgewinne: **100 000, 20 000, 10 000, 5000.**
Ziehung bestimmt am 13., 14. und 15. März 1906.
Lose à 3 Mark
find zu haben bei
G. W. Zaiser.

KESSLER SECT
FEINSTE MARKE.
G. KESSLER & Co. Kgl. Würst. Hofl. ESSLINGEN.
Gegründet 1828. 24. erste Auszeichnungen.
Aelteste deutsche Sektcellerei.

→ (Ev. Arb.-Verein Nagold.) ←
Dienstag 13. Febr. abends 8 Uhr
Versammlung
der aktiven und passiven Mitglieder.
Sokal: Vereinshaus.

Fruchtpreise:
Nagold, 10. Februar 1906.
Neuer Dinkel . . . 7 — 6 90 6 70
Weizen 10 — 9 87 9 50
Gerste 9 — 8 86 8 80
Hafer 8 20 8 — 7 80
Erbsen 9 — — — —

Viktualienpreise:
1 Pfund Butter 85 — 100
2 Eier 14 — 15
Aitensteig, 7. Februar 1906.
Neuer Dinkel 7 83 — —
Hafer 8 50 — —
Kornen 9 00 — —
Gerste 10 — — —
Hoggen 9 28 — —

Neue 2. vermehrte Auflage
mit Berücksichtigung der Ergebnisse in der bisherigen Durchführung des Gesetzes.
Gesetz betr. die Einkommensteuer
für das Königreich Württemberg
nebst Ausführungsbestimmungen mit Formularanlagen,
Fassungsbeispielen
und Beigabe der Gesetze über die Kapitalsteuer, die Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer und die Gemeindesteuern.
Herausgegeben und gemeinverständlich erläutert von
Ministerialrat Dr. Th. Viktorius
Vortragender Rat im Kgl. württ. Finanzministerium.
Preis broschiert **10.40**
geb. **12.50.**
Vorrätig in der
G. W. Zaiser'schen
Buchhandlung.
NB. Die 1. Auflage, soweit noch vorrätig, geben wir zu 2 Mk. das gebundene Exemplar ab.

Mitteilungen des Standesamts
der Stadt Haiterbach:
Geburten: 1. Jan. 1 Tochter des Tagl. Jakob Schwan.
2. Jan. 1 Sohn des Gottlieb Schütte, Tagl.
3. Jan. 1 Sohn des Rübbers Jakob Jeller.
4. Jan. 1 Tochter des Schreiners Johann Felber.
5. Jan. 1 Sohn des Bauern Karl Schwan.
Aufgebote: 2. Jan. Gottlieb Schalte, Gutbesitzer in Alt-Nuifra und Agate Theurer von Dohrbach/D. Freundenstadt.
Eheschließungen: 18. Jan. Friedrich Rezag, Schreiner mit Christiane geb. Hegler hier.
Todesfälle: 4. Jan. Die Tagelöhnerin Katharine Hüller, 49 Jahre alt.
7. Jan. Die Christiane Lamparter geb. Hegler, 56 Jahre alt.
9. Jan. Die Anna Maria Saur geb. Raupp, 42 Jahre alt.
18. Jan. Der Gemeinderat Wöhrich, Unterschwandorf, 49 Jahre alt.
19. Jan. Die Maria Klingen geb. Schwan, 55 Jahre alt.
26. Jan. Der pers. Schullehrer Gottlob Schärer, 78 Jahre alt.
27. Jan. Der Landwirt Martin Saur, 37 Jahre alt.